

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Besondere: monatlich 2.80 M., vierteljährlich 11.60 M. Durch die Post
zu 14.10 M. Nachdruck wird besonders erhoben. Einzelnnummer 20 A.
Im Falle bösserer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Ge-
ber keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Amtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts-
und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Niddastraße 11.
 Fernruf Nr. 2016 und 2018. — Einzelnenpreise: Die 34 mm breite Colonietafel 60,-, die 62 mm breite Reflammetafel 2,- $\mathcal{M}$; außerhalb: 75,- bzw. 4,- $\mathcal{M}$.
 Ausland 2,- bzw. 4,- $\mathcal{M}$. Rabatt 12. Tarif. Sonderbelagen 15,- pro 1000.

Hammer 515

Mittwoch, 3. November 1920.

74. Jahrgang

Sozialdemokratische Angestelltenpolitik.

Die Sozialdemokraten waren stets Gegner einer gesunden Ankerstellenpolitik. Das ist den Ankerstellen besonders deutlich geworden während der Zeit, als das Reichsarbeitsministerium in den Händen der Sozialdemokraten lag (Bauer, Schiele). Von Anfang 1919 bis zum Frühjahr 1920 wurde von den Ankerstellen mit immer härteren Nachdruck vom Reichsarbeitsministerium verlangt, daß es die Gehaltsgrenze des Kaufmannsgerichtsgesetzes von 5000 Mark entsprechend dem seufzenden Geldwert hinausschieben möge. Die Sozialdemokraten, die bei der Schaffung des Gesetzes im Jahre 1904 gegen dieses Gesetz gestimmt haben, klammerten sich nicht daran, daß tausende und abertausende von Ankerstellen durch die Richtersfällung ihres Verlangens nach Erhöhung der Gehaltsgrenze im Fall eines Rechtsstreites der ersten, stillen und sachkundigen Rechtsprechung der Kaufmannsgerichte verlustig gingen. Erst wenige Tage vor den Reichstagswahlen entschloß man sich aus agitatorischen Gründen, dem Drängen durch eine Verordnung in unzulänglicher Weise nachzukommen. Indem man die Gehaltsgrenze nunmehr auf 15 000 Mark festsetzte.

Aura nach dem Zusammentritt des Reichstages unternahm der Abgeordnete Thiel in Verbindung mit einigen Fraktionskollegen durch eine Anfrage im Reichstag einen Vorstoß auszuüben einer Erhöhung der Gehaltsgrenze. Er verlangte gleichzeitig, daß die Beisknerwahlen aufgesucht werden müßten, bis durch die Erhöhung der Gehaltsgrenze die Möglichkeit geboten wäre, die dringend erwünschte Wiederwahl älterer bewährter Kaufmannsgerichtsbeisitzer herbeizuführen.

Das Reichsbeisitzministerium hat sich nach anfänglichem Sträuben der Berechtigung dieser Wünsche nicht verschließen können und leiste dem Publikum für soziale Angelegenheiten des Reichstages auf Grund des Gesetzes über die vereinfachte Form der Gesetzbildung für die Zwecke der Uebersetzungspflicht vom 3. August den Entwurf einer Verordnung zur Änderung des Gewerbegerichtsgesetzes vom 19. Juli 1890 bis 30. Juni 1901 und des Gesetzes betreffend Kaufmannsgerichte vom 6. Juli 1904 vor.

Die Sozialdemokraten kämpften in ihrem Hauptorgan, dem „Vorwärts“, eine scharfe Attacke gegen diese Verordnung an. Aus der Anfandung ging hervor, daß sie durch Revisionsanträge die Verordnung aufheben und dadurch die Reichsregierung gegenüber den Angestellten in eine unannehme Lage bringen wollten. Die Regierung besand sich insofern in einer schwierigen Situation, als das Gesetz über die vereinfachte Form der Gesetzgebung am 31. Oktober außer Kraft trat und damit die Möglichkeit entfällt, im Verordnungswege die Frage zu lösen. Die Sozialdemokraten verhielten nun die Verordnungen zu belassen mit solchen an sich annehmbaren und den Wünschen der Angestellten entsprechenden Beisätzen, die aber den Rahmen dessen hinausgehen, was nach dem Ermächtigungsgesetz im Wege der Verordnung geregelt werden kann, nämlich solche Maßnahmen, deren Ursachen sich aus dem Ubergang von der Krieg- zur Friedenswirtschaft ergeben und die hierfür notwendig und dringend sind“. Daß es den Sozialdemokraten ausschließlich darauf ankam, die Regierung in eine schwierige Lage zu bringen ohne Rücksicht darauf, daß die Angestellten dafür die Sache zu bezahlen hätten, geht daraus hervor, daß sie ihre Anträge aufrechterhielten, trotzdem seitens des Regierungsvertreters ihnen die Unmöglichkeit, so vorzugehen, vor Augen geführt wurde!

Mit zwölf gegen zwölf Stimmen wurden die für die Angestellten zu verhängenden Anträge abgelehnt. Hinsichtlich der Erhöhung der Gehaltsdazene beschloß der Ausschuß, nachdem der Abgeordnete Ziel seinen Antrag auf Erhöhung auf 50 000 Mark zugunsten des Gewerkschafts Antrages auf 30 000 Mark zurückgezogen hatte, um in dieser Frage eine einheitliche Front zu schaffen, die Erhöhung der Gehaltsdazene auf 30 000 Mark. Er beschloß ferner, den Endtermin für die vorzunehmenden Heißgewährsalen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten bis zum 31. März 1921 und für Groß-Berlin bis zum 30. Juni 1921 zu verlängern. Nach einer Beendigung der über den Rahmen der Verordnung hinausgehenden Wünsche der Angestellten zu einer Reform des Kaufmannsgerichtsverfahrens wurde folgender Antrag Ziel und Gewerkschaft einstimmig angenommen:

Der sechste Ausschuß erludt die Reichsregierung, in ihrer Art die Novelle zum Kaufmanns- und Gewergerichtsgesetz vorzulegen, in dem den aus den Beteiligten Kreisen hervorgegangenen berechtigten Wünschen, insbesondere auch hinsichtlich des passiven Wahlrechts der Frauen, entsprochen wird."

Auf diese Weise ist durch das entschiedene Eintreten der Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und dem gemeinsamen Handeln mit den Vertretern der übrigen bürgerlichen Parteien der gefährliche Blau der Sozialdemokratie vereitelt, das im Augenblick Erreichbare im Interesse der Angestellten beschloßen und zugleich die Regierung verpflichtet worden, den weitergehenden berechtigten Forderungen der Angestellten binnen kürzester Frist im Wege der Gesetzgebung zu entsprechen. Die Angestelltenschaft wird bei sozialistischer Prägung der Angestelltenpolitik der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei erkennen, wo ihre Freunde sitzen.

Die Danziger Angelegenheit.

Von der Dantsiaer Delegation in Paris ist folgendes Telegramm in Dantsia eingetroffen:

Die Reichskonferenz hat der Delegation schriftlich
 erklärt, daß die wesentlichen Punkte des Vertragsentwurfes
 der Reichskonferenz nicht mehr diskutiert werden dür-
 fen und daß auch in den Nebenpunkten keine Veränderungen
 vorgenommen werden dürfen, die nicht die Genehmigung
 beider Parteien finden."

Probeabstimmung in Amerika.

Mr. Gordon, 2 Nov.

Die „Westminster Gazette“ schreibt, die in ganz Amerika abgehaltenen Probeabstimmungen ergaben eine überwältigende Mehrheit zugunsten des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Harding.

Polen, Litauen und Wilna.

Paris, 1. Nov.

Nach einer Mitteilung des „New-York Herald“ aus Warschau soll die polnische Regierung die vom Völkerverbund vorgeschlagene Volksabstimmung zur Regelung der territorialen Streitigkeiten zwischen Polen und Litauen angenommen haben.

23 11 n a , 1. Nov.

Iwanowski, Direktor im Ministerium des Innern der Warsauer Regierung, hat Warschau am 27. Oktober verlassen, um sich nach Warschau zu begeben, wo er die Regierung Seltgowski vertreten soll.

Schwere spanische Verluste in Marokko.

Paris, 2. Nov. (Gazette.)

Das „Journal“ veröffentlicht folgende Nachricht aus Madrid: Der „Nuevo Herald“ versichert, aus bester Quelle die Mitteilung erhalten zu haben, daß der Plan des Generals Berenguer, des spanischen Oberkommandos in Marokko, ein bedauerlicher Artum und seine Folgen unheilvoll gewesen seien. Die Kolonne des Generals Balleste, der sich in Scheffhausen mit der Kolonne des Generals Barrera am 14. Okt. vereinigen sollte, ist allein in die heilige Stadt eingedrungen. Die Abteilung Barrera war noch am 30. Okt. 20 Kilometer von Scheffhausen entfernt. Sie wurde durch schwierige Wege und ununterbrochene Kämpfe mit starken feindlichen Kräften aufgehalten. Die Verluste der Abteilung belaufen sich auf 60 Prozent des Gesamtbestandes. Diese Nachricht, für die die Verantwortung dem „Nuevo Herald“ überlassen bleiben muß, rief in Spanien eine ungeheure Sensation hervor.

Sowjetnoten an England.

ms. London, 1. Nov.

Krasin hat heute dem britischen Auswärtigen Amt eine Abschrift der Note der Moskauer Regierung zugeführt, in welcher dagegen Einspruch erhoben wird, daß emalldige Kriegsschiffe die baltischen Küstenboote im Schwarzen Meere und in der Dniepr anreisen. Da sich die Moskauer Regierung nicht als im Kriegszustande mit Großbritannien betrachtet.

Eine andere Note protektiert gegen die Streikkräfte von Pafahowitsch und Weikura in Weißrußland und der Ukraine und verlangt, daß die alliierten Regierungen die Operationen der Genannten nicht unterstützen oder begünstigen.

Englands Verzicht auf § 18.

Boston, 2. Nov.

Im Unterhause wurde an die Regierung eine Anfrage gerichtet, ob man denn nicht wenigstens teilweise das Mißverhältniß zwischen der französischen und der englischen Politik hätte vermeiden können, das durch die Verschiedenheit der Auffassung in der Vereinstellung auf den Paragraphen 18 des Verfaller Vertrages entstanden und erst durch die Anfragen im Parlament bekannt geworden sei. Chamberlain erwiderte, daß das Mißverhältniß sich selbst hätte vermeiden lassen, wenn die Entscheldung der britischen Regierung rechtzeitig durch die französische Regierung dem Botichatserrat und der Wiederqumachungscommission hätte übermittlelt werden können, was nicht der Fall war. Chamberlain behauptete ferner, daß diese Verzögerung eintrat und kündigt an, daß eine strenge Untersuchung eingeleitet worden sei, um deren Ursache festzustellen. Am weiteren Verlaufe der Verhandlungen des Chamberlains nochmals hervor, daß die englische Regierung zwar ihre Haltung rechtfertigen werde, daß diese aber an sich schon gerechtfertigt sei durch die Haltung der französischen Regierung gegenüber Bulgarien.

Heute wird in London die Frage aufgeworfen, daß England den deutschen Waren wohl Sicherheit angedeihen lassen, aber noch immer sei die Frage offen, um welche Waren es sich handle. Sir Robert Born hat diese Frage im Unterhause angeknüpft und die Antwort erhalten, daß ein Ausschuss auf Sicherstellung der hauptsächlichsten Industrien demnächst dem Parlament vorgelegt werde.

Paris, 2. Nov.

Die Regierungspresse beunruhigt sich damit abzufinden, daß die englische Regierung auf ihre Versicherungserklärung betreffend § 18 nicht zurückkommen will. Es wird festgestellt, daß die englische Regierung diesen Bericht für berechtigt und zweckmäßig hält, und es wird anzuzeigen, daß die Entschuldigung des englischen Ministers wegen des begangenen Formfehlers, nämlich daß man die französische Regierung nicht rechtzeitig davon benachrichtigt habe, an der Tatsache des Berichtes selber nichts ändere.

Die beiden Rechtsparteien.

Die verschiedenen Vorstände der Deutschnationalen Vorführer gegen die Deutsche Volkspartei haben in der letzten Zeit naturgemäß Auffsehen erregen müssen. Vielleicht trug dies in Zusammenhang damit, daß der Führer der Demokraten, der Hamburger Senator Petersen, in einer öffentlich gehaltenen Rede sich mit den Verhältnissen zwischen Demokraten und Deutscher Volkspartei beschäftigte und einer gewissen Annäherung beider Parteien das Wort redete. Das ist entscheidend in Parteilreisen der Deutschnationalen mit eigentümlichen Gefühlen aufgenommen worden; man kann das wenigstens aus einem Artikel schließen, den Graf Helldorf jetzt in der „Artenzella“ veröffentlicht und in dem er sich mit dem Verhältnis der beiden Rechtsparteien beschäftigt. Er bemerkt dabei u. a., daß das Verhältnis zur Deutschen Volkspartei auf dem Deutschnationalen Parteitag eine gewisse Klärung und, wie er hofft, Beruhigung (?) erfahren habe. „Wer von den Reichstagsbeschlüssen“, meint Graf Helldorf, „einen scharfen Streit zwischen den beiden Rechtsparteien erwartet hat, wird in den Reden von Dr. Stresemann und mir nicht auf seine Rechnung gekommen sein.“ Wie man sieht, mocht Graf Helldorf den Verlauf, den wenig günstigen Eindruck, den seine immerhin doch recht deutlichen Angriffe gegen die Deutsche Volkspartei hervorgerufen haben, etwas in der Mitte, wobei ununtersucht bleiben soll, wieviel von diesem jetzt so freundlichen Entgegenkommen auf das Konto der Rede des Senators Petersen zu setzen ist.

Auch die parteiamtliche „Nationalliberale Correspondenz“ beschäftigt sich mit den Neuerungen des Grafen Bethov. Sie schreibt unter anderem: „Zu dem Wert von der „Aberlässigen“ Deutschen Volkspartei, des aus dem deutschnationalen Parteitag in Hannover gefallenen H. bemerkt Graf Bethov, man komme mit solchen Worten gegenüber arden und einflussreichen Parteien nicht weiter. Man müsse vielmehr versuchen, ihr Wesen zu erründen und mit ihnen zusammen zu arbeiten oder aber die Fiese, die man nicht mit ihnen teilen könne, zu bekämpfen. Aus diesen Worten spricht eine wohlthunende Sachlichkeit der Auffassung, die es verschmäht, sich den Wunden der Parteiquartation blendbar zu machen. Wir wünschen einer solchen Auffassung recht weiten Raum in der Deutschnationalen Volkspartei. Nur eine Befestigung und Gesundung unserer innerpolitischen Verhältnisse würde das ebenso nützlich sein, wie die neue taktische Einstellung der Demokratischen Partei.“

Ausländische Gewerkschaftler im Ruhrgebiet.

Оffen. 1. Nov.

Die internationale Gewerkschaftskommission zum Studium der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, bestehend aus Rouhaux (Frankreich), Mertens (Belgien) und Nimmern (Holland) sowie dem Generalsekretär des französischen Metallarbeiterverbandes und Mitglied der C. T. O. Merzhelm, ist heute hier einetroffen. Der Grund der Studienreise ist der, daß der internationale Gewerkschaftsbund in den Sitzungen am 22. und 23. September in Amsterdam bei der Beratung der allgemeinen Lage Europas die Möglichkeit eines Einmarsches der Entente ins Ruhrgebiet am 15. November ins Auge faßte, ein Vorhaben, das der internationale Gewerkschaftsbund als ein Unlutz für Deutschland sowie für Europa betrachten würde und das von einschneidender Bedeutung für die Arbeiterbevölkerung wäre. Es sollen deshalb möglichst tiefgehende Informationen über die Verhältnisse im künftigen Industriegebiete vorgenommen werden, deren Ergebnis die Stellungnahme des internationalen Gewerkschaftsbundes zum beabsichtigten Einmarsch ins Ruhrgebiet bestimmen wird. Der Vorstand des genannten Gewerkschaftsbundes ist weiter der Meinung, daß die Frage des Wiederaufbaues anderer Länder instell von dem Nordfrankreich untrennlich ist. Deshalb wird nach Ablauf der Untersuchung im Ruhrgebiet Rouhaux, Nimmern und Merzhelm in Berlin mit dem Vorstände des deutschen Gewerkschaftsbundes Beratungen über die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens abhalten. Die Untersuchungen im Ruhrgebiet wie auch die Beratungen in Berlin sind mit Rücksicht auf den außerordentlichen internationalen Gewerkschaftskongreß, der ab 22. November 1920 in London stattfinden wird, von großer Bedeutung. Auf der Tagesordnung für den Londoner Kongreß stehen folgende vier Punkte: Internationale Bekämpfung der Reaktion, Sozialisierung, die internationale Verteilung der Rohstoffe und die Salutarfrage.

Deutsche Trauerkundgebung für Mac Swiney.

Am Sonntag, an dem in Irland der infolge seines Hungerstreiks gestorbene Bürochef von Cork, Mac Swineen, beerdigt wurde, veranstaltete die Deutsch-irische Gesellschaft in Berlin eine Kundgebung für den Verstorbenen, in der zahlreiche Redner, darunter Irländer und in Amerika, Ansprachen hielten. Das Votum der Saale war mit der orange-weiß-achten Plange Irlands und dem mit einem Transistor bedeckten Bild Mac Swineens geschmückt. Zum Schluss wurde folgendes Telegramm an die Anwesenden und irischen Vertreterinnen in Europa beschlossen: „Die Deutsch-irische Gesellschaft und ihre Gäste sprechen den Anwesenden des Bürochefs von Cork und dem irischen Volke ihr herzlichstes Beileid und tiefste Bewunderung aus und geben der feilen Hoffnung Ausdruck, daß dieses heroische Opfer nicht umsonst gebracht wurde.“

1 Billion Rubel Defizit.

Die der Budgetkommission beim Finanzkommissariat bisher eingereichten Vorschläge der einzelnen Sowjet-Institutionen bedeuten einen im Finanzplan aller Zeiten und Länder noch nicht dagewesenen Rekord.

Nach der „Ökonomischen Wochenschrift“ werden die Einnahmen für das Finanzjahr mit 10 817 000 000 Rubel, die Ausgaben mit 785 047 000 000 Rubel angegeben, wobei die Vorschläge für den Obersten Sowjet der Volkswirtschaft, das Justizkommissariat und einigen anderen Institutionen noch nicht eingereicht sind. Die einzelnen Volkswirtschaftsrechnungen mit folgenden Ausgabeposten: Verpflegungskommissariat 172 397 Millionen Rubel (im Jahre 1919 33 318 Millionen Rubel), Bildungs- und Erziehungskommissariat 100 049 Millionen (17 244 Millionen), Verkehrskommissariat 70 220 Millionen (16 288 Millionen), Landwirtschaftskommissariat 67 898 Millionen (2978 Millionen), Kommissariat für innere Angelegenheiten 49 821 Millionen (3988 Millionen), Soziale Fürsorge 60 000 Millionen (9564 Millionen). Das Landwirtschaftskommissariat rechnet mit einer Einnahme von 24 279 Millionen Rubel gegenüber 1222 Millionen im Vorjahre, das Verkehrskommissariat mit 18 954 Millionen gegenüber 2693 Millionen im Jahre 1919.

Wenn man mit immer eintretenden außerordentlichen Ausgaben und den noch hinzukommenden Vorschlägen der Institutionen, die bisher ihre Vorschläge noch nicht eingereicht haben, so kann man mit Bestimmtheit einen Gesamtausgabeposten von 1100 bis 1150 Milliarden Rubel annehmen, dem an Einnahmen nur 150 bis 160 Milliarden gegenüberstehen. Das Defizit wird also, wie wir schon vor kurzem andeuteten, etwa 1000 Milliarden oder eine Billion Rubel betragen.

Die Rückkehr der Gefangenen aus Sibirien

Die Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten v. Zers über die Rückkehr unserer Gefangenen aus Sibirien, die im Reichstag von der Regierung erteilt wurde, hatte folgenden Wortlaut:

Der Abtransport der Gefangenen aus Sibirien, sowohl über den fernen Osten — via Wladimirok — wie über Zentralasien — via Petersburg und Moskau — ist in vollem Gange. Mehrere Transporte aus Sibirien sind bereits in Deutschland eingetroffen; weitere Transporte sind von Moskau und Petersburg aus im Anmarsch gemeldet. Zurzeit befinden sich in Kärnten 2500 Gefangene, in Böhmen etwa 1200, in Odra 800, in Petersburg 5000. In Moskau treffen laufend Transporte aus Sibirien ein, deren Abholung auf kürzeste Wege durchgeführt wird. Desgleichen hat die deutsche Kommission in Wladimirok unter Leutnant Werber das Eintreffen von mehreren tausend Kriegsgefangenen aus Sibirien telegraphisch gemeldet. Nach einer Mitteilung der deutschen Konsularstelle in Moskau sind die Ansuchen des Generals von L. sämtlich über den fernen Osten bereits abtransportiert.

Die russische Gefangenentransportkommission hatte den Abtransport aus Sibirien so anordnet und, wie es sich auch leicht bemerkt, so durchgeführt, daß fast damit gerechnet werden kann, daß der größte Teil aller reichsdeutschen Gefangenen aus Sibirien bis Ende Oktober, sei es über Wladimirok, sei es über Zentralasien, zum Abtransport gebracht sein wird. Es ist aber bereits durch Vernehmung von Gefangenenscheidern, Kriegsgefangenen und Medikamenten Korjoren getroffen worden, um allen eventuell in Russland in den Internierungslagern verbleibenden Gefangenen die Fürsorge zuteil werden zu lassen, deren sie unbedingt benötigen.

Aus dem Reiche.

Die Angeklagten von Breslau.

Breslau, 1. Nov.

Während hat die fünfte Strafkammer des hiesigen Landgerichts nach dem Verfahren gegen 21 Personen eröffnet, die am 21. August das französische Konsulat in Breslau erbrannten. Gegen mehrere Personen hat die Staatsanwaltschaft die Anklage erhoben. Damit verringert sich die Zahl der Leuten, die 150 beträgt.

Der Nürnberger Hausbesitz.

Der Hausbesitzerverein Nürnberg erläßt einen Aufruf, der zur Unterstützung der Aktion auffordert, um ein Volksrecht für die Vermächtnisse zum Stadtrat zu erwirken. Die Hausbesitzer mit ihren Anhängern sollen die Aktion unterstützen, die die politischen Parteien auch abstützen. Die erforderliche Pacht von 10 000 Mark soll durch die Stadtverwaltung der Hausbesitzer, die bereit sind, die drohende Kommunalisierung durch einen neuen Stadtrat abzuwenden.

Die Flamme der Welt.

Roman von Guido Kreuger.

Amerikanisches Copyright 1919 by Carl Dunder, Berlin. (Nachdruck verboten.)

Darf es doch nicht! Die die Minuten sich hinmühen! Die elektrische Flamme der Straßenlaternen drücken sich im Schatten des Fensters und der Licht auf die Tischplatte des Fensters vergeret, taumelnde Schatten. Er horcht darauf hin — mit wunderbaren Gedanken, die kommen und gehen und sich ineinander verflochten.

Und horcht schließend auf, erhebt sich ruckhaft vom Stuhl: in dem Gemach nebenan plötzlich eine Stimme — schwach, geräuschlos, in sich selbst verfallend... und doch eine Stimme, die er kennt, die er schon einmal gehört hat — seine Stimme ist es hier... wie er den Kopf zurückwandte; und der andere beugte sich über ihre Hand und sie lächelte so bezaubernd.

Und jetzt wird der Vorhang auseinandergerissen; und sie steht in dem kalten Winteraum — leuchtend, einen Augenblick die Abspannung im schönen Gesicht. Das Haar ist etwas in Unordnung geraten, die Perlenkette fehlt — ist ihr vielleicht von der Eile geblieben, als er sich mit ihr einen Weg zum Fenster bahnte; das Straßensammler hat man ihr nur unvorsichtlich und flüchtig wieder geschlossen; ganz still steht sie; hat einen wirren, hilflosen Ausdruck in den Augen, die durch den Raum wandern, für den Bruchteil einer Sekunde an ihm haften, sich weiter lassen. Ja — und blüht ihm in ihrer lieblichen Stille auf nur noch tausendmal schöner, tausendmal bezaubernder.

Der denkende Unterart tritt zu ihm heran. „Soweit geht es jetzt wieder, mein Herr. Ein Fall von ungewöhnlich schwerer Betäubung; glücklicherweise keine Rauchvergiftung, wie ich auch befürchte. Für Ihr Fräulein Dr. ist jetzt aber absolute Ruhe ein unbedingtes Erfordernis.“

Erlesenes.

Prophezeiungen sind Wirklichkeiten. Sorgen sind Angst geworden. Eine Zeit, welche herrliche Kräfte schnell wegrafft und vertilgt, weht und reißt andere fräher. In allgemeiner Not spreche jeder laut, dem ein reines Herz für das Vaterland schlägt, in mittelwässigen Tagen, wo die Dinge sich selbst zu tragen scheinen, warte jeder der Stunde der Reife und der Weisheit und horche auf die Stimmen des Herzes und der Erfahrung... Denn die, so berufen sind, schlecht waren oder verstümmen, so spreche jedes vaterländische Herz, wohn die Zeit weilt und strebt.

Aus: Bild vor- und rückwärts von Ernst Moritz Arndt, September 1806.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 3. November.

Beheizung der Bejagungswohnungen. Die Bejagungsbehörde hat entschieden, daß die für die Beheizung von Bejagungswohnungen erforderlichen Brennstoffe unmittelbar von der französischen Intendantur an die Angehörigen der Bejagung geliefert werden. Die Vermieter brauchen daher für das zur Beheizung erforderliche Brennmaterial nicht aufzukommen und sind insbesondere nicht verpflichtet, auf eigene Kosten Kohlen und dergleichen für requirierte Räumlichkeiten anzukaufen.

Genossenschaftliches. Der seit etwa 30 Jahre lang hier in Wiesbaden bestehende Landwirtschaftliche Konsumverein e. V. m. b. H. hat sich aufgelöst, um seine Geschäfte auf die neugegründete Bezugszentrale der Gärtner und Landwirte von Wiesbaden und Umgebung e. V. m. b. H. zu übertragen.

Allgemeine Ortskrankenkasse. Es wird an dieser Stelle nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß Wahlvorschläge zu den Ausschüssen bis spätestens zum Freitag, den 5. Nov., bei dem Kassendirektor einzureichen sind. Jede Wahlvorschlagsliste muß von mindestens 30 Wahlberechtigten unterzeichnet sein; außerdem haben die Verfertiger ihr schriftliches Einverständnis zur Wahl abzugeben. Die Vorschlagslisten der Arbeitgeber müssen zu- und Vornamen, sowie Beruf und Wohnung der Bewerber enthalten. Bei den Listen der Verfertiger ist außer diesen Angaben noch das Geburtsdatum und der Name des Arbeitgebers, bei dem der Bewerber zurzeit beschäftigt ist, beizufügen. Bei freiwillig verfertigten Mitgliedern genügt die Bezeichnung „freiwillig“. Bezüglich der Stimmzettel ist weiches Papier und 14:11 cm. Größe vorgeschrieben. Auch sollen die Stimmzettel nicht sämtliche Namen der Bewerber, sondern außer der Ordnungsnummer der Wahlvorschlagsliste nur die Namen des ersten und letzten Bewerbers der Liste enthalten. Jemand, welcher Erkennungszeichen der Stimmzettel nicht tragen, Abweichungen von der Vorschrift machen sich unzulässig. Da, wie bekannt, bei der Wahlbarkeit der Unternehmer oder anderen Arbeitgebern bevollmächtigte Betriebsleiter, Geschäftsführer und Betriebsbeamte der Arbeitgeber gleichstehen, so wäre noch darauf hinzuweisen, daß, falls hiervon Gebrauch gemacht wird, nicht der Name des Arbeitgebers, sondern der Name dessen Bevollmächtigten auf der Wahlvorschlagsliste aufzuführen ist. (Beispiel: Müller, Heinrich, Geschäftsführer bei Benz u. Co.)

Die Ortskrankenkasse den Mitgliedern, aber keiner Partei. Unter dieser Devise hatte im Jahre 1919 der Gewerkschaften alle gewerkschaftlichen Interessengruppen und die vereinigten bürgerlichen Vereinigungen zu einem gemeinsamen Handeln bei den Wahlen zur Ortskrankenkasse zusammengeführt. Der Erfolg war ein voller. Auch diesmal gilt es für alle diejenigen Kreise, die die Ortskrankenkasse nicht einer weltlichen Partei- und Bündnispolitik, sondern dem Interesse der Allgemeinheit dienlich gemacht haben wollen, sich reiflich zusammenzuschließen.

Verwendung von Steuermarken. Berichtete Oberpostdirektionen haben zur Sprache gebracht, daß in ihrem Bezirk der Verbrauch an Einkommensteuermarken an 10 und 50 Pf. auffallend groß sei. Im Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach den Bestimmungen unter § 2 Abs. 3 der Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abgabe von Arbeitslohn vom 21. Mai d. J. der bei dem Lohnabzug für eine Woche oder für einen längeren Zeitraum einbehaltenen und in Steuermarken zu verwendende Betrag auf volle Mark nach unten abzurunden ist.

Gedächtnisfeier für die im Weltkrieg Gefallenen. Die Ortsgruppen des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener veranstalten im Hause des November allenthalben Trauerfeiern zu Erinnerung an die im Weltkrieg gefallenen Kameraden. Sie folgen dabei einem Verzeichnis der Namen ihrer Mitglieder, der teuren Toten feierlich zu gedenken und gleichzeitig wollen sie ihren deutschen Volksgenossen erneut die traurige Lage vieler Kriegs-

hinterbliebener vor Augen führen. Nicht Denkmäler aus Stein und Erz verlangen unsere gefallenen Kameraden, sondern die ausreichende Sorge des Staates und das Gedächtnis und die Hilfe der gesamten Öffentlichkeit für ihre Angehörigen. Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, Sitz Berlin W. 18, Große Frankfurter Straße 53 I., hat ferner in einer Eingabe an die Reichsregierung und den Reichstag beantragt, daß ein gesetzlicher Nationaltrauertag für den Weltkrieg eingeführt werden möge. Wir glauben, daß ein solcher Antrag die warme Unterstützung aller Parteien und überhaupt der weitaus meisten Volksgenossen finden wird.

Der erste Bezirksverein der Deutschen Volkspartei hat am Donnerstag, den 4. Nov., abends 8 Uhr, im Sitzungssaal der Reichsregierung, Friedrichstr. 9, eine Versammlung abgehalten. Herr Dr. med. Müller wird über „Asiatica“, Herr Pfarrer Eder über „Politik und Religion“ sprechen.

Volkshochschul-Verbewerke. Der zweite Vortrag der Volkshochschul-Verbewerke am Montag abend einen erheblich besseren Besuch als der erste, wobei allerdings die Frage offen bleibt, ob der Name des Redners, Professor Blumhagen aus Frankfurt, die kürzere Anwesenheitsdauer ausgenützt hat oder die Anfindung eines Vortrages mit Lichtbildern. Bei in letzterer Hinsicht mit beidermaßen Erwartungen gekommen war, ist zwar nicht auf seine Rechnung gekommen, wie es uns überhaupt schien, als ob die im allgemeinen hochinteressanten Ausführungen des Vortragenden doch noch für einen großen Teil der Zuhörer über den Rahmen der geistigen Aufnahmefähigkeit hinausgingen. Immerhin hat sich mit dem Wesen der Wissenschaft beschäftigt und ein gewisses Verständnis für die in einem Zusammenhange stehenden Fragen voranschicken. Der Redner verzichtete in seinen einleitenden Sätzen die Begriffe „Wissenschaft“ und „Bildung“ und kennzeichnete den Menschen als den wachsenden, der nicht durch sein Wissen anwachsen will, sondern sucht, sein Wissen immer mehr zu vertiefen und auszuweiten. Gebildet ist, der denken kann, was er fühlt, der sagen kann, was er denkt, und weiß, was er hat. Die Wissenschaft muß sich frei machen von der Vorstellung, als ob sie die Bildung für sich allein gepachtet hätte. Der Redner ging dann weiter auf das Wesen der Naturwissenschaft im Besonderen ein, in ihrem Gegensatz zur philosophischen Wissenschaft, mit der sie aber doch in dem Suchen nach dem Ursprung der Dinge auf gleicher Stufe steht, nur daß sie nicht die neuen Erkenntnisse den gegebenen Gegebenen anpassen will, sondern die Gegebenen umstößt, wenn die Erkenntnis neue Wege zeigt. Ein Fehler der Naturwissenschaft ist, daß sie zu viel bringen will. Sie muß danach streben, dem Bildungswesen die richtigen Grundlagen zu geben, auf denen er sich weiter bilden kann. Aufgabe der Volkshochschule muß es sein, selbständig denkende Menschen zu schaffen. Der Redner zeigte zum Schluß an einigen Lichtbildern, wie der Mensch zum Fragen angeregt werden kann und aus gegebenen Erscheinungen und Voraussetzungen selbst seine Folgerungen zu ziehen und Ursache und Wirkung in Zusammenhang zu bringen vermag. Der angekündigte Vortrag fand einen sehr lebhaften Beifall. — Stadtrat Raab, der noch Schluß des Vortrages zu reger Beteiligung an den Volkshochschul-Verbewerke, teilte mit, daß der für Freitag vorgesehene Vortrag des Dr. phil. Wegener über „Bau und Kunst“ ausfallen wird.

Die Lage des Fleischmarktes. Am 3. Nov. d. J. findet in der Bezirksstelle in Frankfurt a. M. eine Besprechung über die derzeitige Lage des Fleischmarktes statt, an der Vertreter der Landwirtschaft, des Viehhandels, des Fleischergewerbes und der Konsumenten teilnehmen. — Am 8. Nov. hält in Koblenz im katholischen Seminar der Bund der Viehhändler Deutschlands für die Viehhändler des besetzten Gebietes eine Versammlung ab, in der die Lage des Viehhandels verhandelt werden wird. Neue Teilnahme aus den Kreisen des Viehhandels wird erwartet.

Seife und Seifenpulver. In der Seifenwirtschaft tritt vom 1. Nov. 1920 ab eine Änderung ein, als mit diesem Tage die Herstellung von Einheitsseifenzeugnissen wie S. O. S. Seifenpulver, S. O. S. Kernseife und S. O. S. Kernseife aufhört und alle Seifenfabriken die Herstellung ihrer Spezialseifenzeugnisse wieder, gestatten wird. Mit dieser Änderung wird allerdings die freie Wirtschaft noch nicht reiflos eingeschaltet, da die Herstellungserlaubnis noch an die weiterbestehenden gesetzlichen Bestimmungen gebunden ist. Die S. O. S. Einheitsseifenzeugnisse werden noch für eine längere Zeit in Verkehr sein. Für die Spezialseifen ist die Bestimmung getroffen, daß lediglich reine, also unverseifte Ware hergestellt werden darf. Bei Kernseife muß die Packung oder das Etikett der Seifenpackung oder einem Hinweis auf die Reinheit der Seife — Kernseife — sowie die Angabe des Seifenalkalies tragen. Bei Seifenpulver muß der Gehalt an Fettalkali auf der Packung aufgedruckt sein.

Der Feuertischmutterling liegt! In Sünden liegt man, so wird uns aus dem Vandalen geschrieben. Schon jetzt in der Abenddämmerung die Mäuschen der Feuertischmutterling.

Für Ihr Fräulein Bräut!... Vielleicht hält dieser junge Mediziner sie beide wirklich für verlobt; vielleicht fand er im Augenblicke keinen anderen Ausdruck oder war Psychologe.

„Für Ihr Fräulein Bräut!“ Wenn er doch die Wahrheit spräche!

Dann Torunn atmet tief auf.

„Ich habe ein Auto brauchen wollen...“

Er legt ihren Arm in den seinen, was sie willkürlich annehmen läßt, und führt sie zum Wagen; hebt sie hinein und breitet die schützende Decke über die Bank.

„Wohin soll der Mann fahren, gnädiges Fräulein?“

Sie schreckt auf und steht ihn verständnislos an.

Er muß seine Frage wiederholen.

Dann nennt sie eine Straße in der Villenkolonie Grunewald.

Der Wagen springt an. Der Fahrer weiß, woran es ankommt; nimmt die Kurven in weitabholendem Bogen; schaltet die letzte Geschwindigkeit ein. An atembeklemmendem Tempo bracht der Wagen dahin; Häuser und Bäume flüchten an den Fenstern vorbei; das weißlich glühende Licht der elektrischen Lampen, die an dünnen Drähten über dem Fahrdamm hängen, erhellt in regelmäßigen Abständen blühartig das Wageninnere.

Dann Torunn hat sich tief in seine Ecke gedrückt; die Arme überknien er geschlagen. Er atmet schwer — ganz merklich.

Wer ihm noch vor einer Stunde gesagt hätte, daß er mit ihr sprechen, daß er sie in seinen Armen halten, daß er allein mit ihr in einem Auto fahren würde!

Das Leben ist rätselhaft, widersprüchlich, oft brutal... aber es kann auch wunderbar, wunderlich sein! Nur jetzt nicht an den Namen denken, den sie vorhin flüsterte, als sie in seinen Armen lag!

Und dann Torunn atmet auf nach der schloß herabhangenden Vinten, auf deren Mittelstange der Spiegel, wie ein dunkler Blaustrich liegt und läßt sie: (Seu. in der Nacht)

Wohl nur für ein paar Verschlüsse liegen seine Augen auf ihrer Hand. Aber selbstem weiß er, daß sich in wenigen Augenblicken das Erleben von Jahren, die gewesen sind und die kommen werden, zusammenhängen kann.

Hat sie es bemerkt; daß sich der blonde Männerkopf herabbeugt, daß andere Männerlippen sich auf ihre Lippen pressen?

Sie liegt in den Stößen und hält die Augen geschlossen und atmet unruhig in kurzen, flüchtigen Stößen.

Es ist ja auch schon alles vorüber.

Und der Wagen rollt weiter, bracht in windender Fahrt den Kurvenstücken hinab, über die Dämonen Brücke gewinnt die Adriasallee, biegt hierhin und dort hin in den Seitenstraßen ab.

Und dann hat diese Fahrt ihr Ende erreicht.

An bläulich-leuchtendem Dämmer der Winternacht ragt eine kleine weiße Villa. Dann Torunn steht am Gitter und läßt die Glöde — scharf, nachhaltig. Am Erkerhoch blüht ein Licht auf; im Säulenportikus erstrahlt eine alte erdige Ampel; Türen werden geöffnet; Schritte knirschen bald im Kiesweg heran; ein blauschwarzer Diener schließt das schwere eisernen Portal auf, müht sich erkant und fragend den selbstam geliebten nächtlichen Gast.

Der weiß auf den barrenden Wagen.

„Des gnädigen Fräulein ist krank geworden und muß sofort zur Ruhe gebracht werden. Sagen Sie das gnädigen Frau oder der Hausdame oder wer sonst hier wohnt?“

„Aber Herr Geheimrat — wo ist Herr Geheimrat?“

„Herr Geheimrat ist krank... Herr Geheimrat war doch auf einem Bierabend beim Herrn Minister und wollte nachher gnädiges Fräulein abholen. Darum hatten auch dieses Fräulein doch Frau von Pleßow, unsere Hausdame mitgenommen.“

„Ich weiß nichts; ich kann Ihnen keinerlei Auskunft geben. Und nun verlassen Sie meine Zeit. Schaffen Sie allein? Also dann los! Und vorsichtig hineintragen!“

(Fortsetzung folgt)

Reisendrehbuch der 3. Frankfurter Internatio-
nalen Messe (3.—9. Oktober 1920). Zwei Bände, 15 M. (Erster
Band: Amtliche Ausgabe des Firmen- und Stand-Verzeichnisses, ed.
Zweiter Band: Amtliche Ausgabe des Aussteller-Verzeichnisses nach
Baren-Gruppen alphabetisch geordnet.)

